Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 70 | Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 27.— monatlich Mk. 9,— | Halver Donnerstag, den 23. März 1922 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch 90 mm breit 2.00 Mk. | 22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Botschafterkonferenz hat in einer Note die Verantwortung für die durch die polnischen Aufstände in Oberschlesien entstandenen Schäden abgelehnt.

* Die amerikanische Regierung hat zur Ernennung des für Washington bestimmten deutschen Botschafters Geheimrat Wiedfeld ihre Zustimmung erteilt.

* In Berlin wurde im Hause eines Kommunisten eine geheime funkentelegraphische Station entdeckt.

* Poincaré hat jetzt endgültig darauf verzichtet, nach Genua zu gehen, während Lloyd George endgültig beschloß, an der Konferenz teilzunehmen.

* Der amerikanische Staatssekretär für Kriegswesen hat angeordnet, daß die amerikanischen Truppen bis zum 1. Juli vom Rhein zurückzuziehen sind.

Abschied vom Rhein.

Leider sind es nur die amerikanischen Besatzungstruppen, deren endgültiges Verschwinden vom deutschen Rheinstrom jetzt in halbamtlicher Form aus der amerikanischen Bundeshauptstadt gemeldet wird. Bis zum 1. Juli soll der Rest der Bundestruppen, der noch in Deutschland steht, zurückgezogen werden; worauf sich wahrscheinlich die hierdurch entstehende Lücke sozusagen automatisch mit französischen oder belgischen Mannschaften wieder füllen wird.

Ein Tausch, mit dem die von ihm betroffene deutsche Bevölkerung gewiß keine Ursache haben wird, zufrieden zu sein. Denn von den Besatzungstruppen der verschiedenen Nationen, mit denen unser Rheinland nun schon viele Jahre hindurch überwacht und gequält wird, haben sich die Amerikaner immer noch verhältnismäßig am anständigsten benommen. Es war ihnen nicht darum zu tun, und konnte ihnen naturgemäß nicht darum zu tun sein, an den Bewohnern des besetzten Gebietes bis dahin unbefriedigt gebliebene Rachegefühle auszulassen, sie haben vielmehr — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — ihre Aufgabe mit einiger Menschlichkeit ausgeführt, und im großen und ganzen kann ihnen wohl nur der eine begründete Vorwurf gemacht werden, daß sie den verführerischen Weinfreuden des Rheinlandes in gar zu zügelloser Weise nachgingen; vielleicht, um sich auf deutschem Boden wenigstens schadlos zu halten für die schwere Zeit der alkoholischen Entbehrungen, die ihnen nach der Rückkehr in die ganz und gar unter Templerenzlergesetze gestellte Heimat in Aussicht stehen. Gewiß, auch mit dem Steigen und Fallen des Dollars zeigte das Barometer ihrer Launen bald heiteres, bald stürmisches Wetter an; aber unsere Brüder und Schwestern am Rhein werden ihnen insgesamt, wenn es zum Abschiednehmen kommt, das Zeugnis nicht versagen, daß sie im Vergleich mit Engländern, Franzosen und Belgiern immer noch die erträglichsten fremden Bedrücker gewesen sind. Was, nur relativ verstanden, als eine lobende Anerkennung ausgelegt werden darf.

Die Rückberufung der amerikanischen Besatzungstruppen durch die Washingtoner Regierung ist ein neuer Beweis dafür, daß die Union es satt hat, mit dem alten, keiner Belehrung zugänglichen Europa noch fernerhin in irgendwelcher Aktionsgemeinschaft zu verharren. Die Frage der Besatzungskosten, an die man zuerst durch einen Wink mit dem Zaunpfahl in Paris erinnern ließ, ist von der Botschafterkonferenz für den Augenblick mit einer freundlichen Handbewegung beiseitegeschoben worden, ohne daß sie damit etwa von der Tagesordnung verschwunden wäre. Im amerikanischen Kongreß wird sie, wie alle Nachrichten beweisen, um so schärfer im Auge behalten, und die amerikanische Regierung dürfte sehr bald auf sie, wie überhaupt auf die Regelung der zwischenstaatlichen Schuldverhältnisse zurückkommen. Was jetzt von der Reparationskommission an neuen „Garantien" für das zu bewilligende Moratorium für Deutschland in Aussicht genommen wird, kann in Washington schwerlich eine bessere Meinung von dem guten Willen der Entente begründen, die Schuldzahlungen von Deutschland seiner Leistungsfähigkeit anzupassen. In der Hauptsache soll es, wie schon wiederholt angekündigt wurde, auf eine Finanzkontrolle über das Reich hinauslaufen, und hier sind es begreiflicherweise die Zölle, auf die man es in erster Linie abgesehen hat. Wie diese Maßnahmen ins Werk zu setzen sind, darüber zerbrechen sich die Mitglieder der Reparationskommission immer noch die Köpfe. Sicher scheint vorläufig nur, daß die Frage der internationalen Anleihe, auf die es uns und allen denen, die den Wahnsinn des Versailler Vertrages für den katastrophalen Niedergang in Europa verantwortlich machen, in erster Reihe ankommt, von der Reparationskommission an die allerletzte Stelle gerückt wird, was sicherlich nicht dazu beitragen kann, der Entwertung der Reichsmark Einhalt zu gebieten. Aber ob es darauf den Mächtigen in Paris auch nur im mindesten ankommt? Ob sie nicht vielmehr im Gegenteil alle ihre Maßnahmen danach einrichten, daß die unheilvolle Entwicklung in Deutschland möglichst ungehindert ihren Fortgang nehme, um schließlich zu dem Zusammenbruch zu führen, der Frankreich endlich zum alleinigen Herrn über Deutschland machen würde?

Befürchtungen dieser Art haben nachgerade auch in den Vereinigten Staaten Boden gewonnen, und ihre wirtschaftlich führenden Männer insbesondere mögen sich schon lange fragen, ob das verarmte, verschuldete und für sich allein ziemlich hilflose Europa überhaupt noch zu retten sei, solange der Geist der französischen Politik den Lauf der Dinge zu bestimmen hat. Von Genua will Amerika nichts wissen, und vom Rhein zieht es seine letzten Mannschaften zurück; das eine wie das andere als Druckmittel auf die Entschließung der Entente gedacht, der man mit den bloßen Mitteln der Diplomatie nicht mehr beikommen kann. Die Sprache, die jetzt angeschlagen wird, dürfte in London wie in Paris fehlerlos verstanden werden. Aber daß man ihr Gehör schenken sollte, ist nach allen Erfahrungen der letzten Zeit schwerlich anzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Wünsche der Helgoländer.

Die Bewohner der Insel Helgoland haben bekanntlich seit längerer Zeit eine Reihe Forderungen in bezug auf das Selbstverwaltungsrecht und auf steuer- und zollrechtliche Fragen vertreten. Nach langen Verhandlungen mit der preußischen Regierung wurden jetzt in einer Schlußbesprechung alle einschlägigen Fragen nochmals durchberaten. Wenn dabei auch nicht alle Wünsche der Helgoländer befriedigt werden konnten, so hat doch die Aussprache in der großen Mehrzahl der Punkte volle Übereinstimmung ergeben.

Der „Popanz".

Der Reichswehrminister Geßler hat gegenüber dem unsinnigen französischen Geschrei überheimliche deutsche Rüstungen das rechte Wort der Abwehr gefunden. In einer Unterredung mit einem argentinischen Pressevertreter sagte er u. a.: „Mit der Reichswehr und Organisationen, wie Sportvereine, Technische Nothilfe, die mit der Reichswehr nichts zu tun hat usw. kann in jetzigen Zeiten kein Krieg geführt werden, den das deutsche Volk übrigens auch nicht will. Aber die Unruhe wird von anderer Seite in die Welt getragen, da der Popanz von einem gefährlichen und rachedürstigen Deutschland aufrechterhalten bleiben muß, weil man selbst nicht abrüsten will."

Die Saarbewohner verlangen ein Parlament.

Die Zustände im Saargebiet sind unter der Herrschaft der Regierungskommission immer unerträglicher geworden, so daß ohne das ausgleichende Moment einer Volksvertretung keine Möglichkeit einer Beruhigung gefunden werden kann. Daher haben jetzt in Saarbrücken Vertreter fast aller Parteien eine Entschließung angenommen, in der sie erklären, daß die praktische Voraussetzung zu einer erfolgreichen und alle Kreise befriedigenden Zusammenarbeit zwischen Regierungskommission und Bevölkerung in der Schaffung einer Volksvertretung für die Saarbevölkerung liegt. Die politischen Vertreter wünschen, daß diese Volksvertretung gewählt wird nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die Parteien fordern für die Volksvertretung volles Mitbestimmungsrecht und Immunität der Abgeordneten.

Aufrufe zur Maifeier.

Die sozialdemokratischen Parteien erlassen im Vorwärts und in der Freiheit Aufrufe, in denen die Feier des 1. Mai vorbereitet wird. Es wird darin von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten gefordert, daß sie am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen und für Völkerversöhnung, für den Achtstundentag, für Freiheit und Sozialismus demonstrieren sollen. Ferner wird darin die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und eine Steuerpolitik mit einem deutlich sichtbaren Opfer des Besitzes verlangt.

Deutsches Gold nach England.

Auf Grund der bereits vor Monaten getroffenen Vereinbarungen mit England wird in diesen Tagen voraussichtlich ein Betrag von 50 Millionen Goldmark in Münzen verschiedener Währungen von der Reichsbank an die Bank von England abgeschickt werden, die sie in Verwahrung nehmen soll, nachdem von England die notwendigen Bestimmungen hinsichtlich der Wiederausfuhrfreiheit und der Freiheit von Ausfuhrabgaben gegeben worden sind. Zunächst handelt es sich um eine Deponierung, nicht aber schon um eine Lombardierung.

Frankreich.

× **Ein neuer Kolonialskandal.** Die Franzosen, die uns Deutschen die Fähigkeit, Kolonien zu verwalten, abgesprochen haben, zeigen sich selbst wieder einmal als recht fragwürdige Meister dieser Kunst. In der Pariser Kammer kamen jetzt die Skandale bei der Liquidation der deutschen Güter in den französischen Kolonien, namentlich in Togo, und über die schlechte Behandlung der Eingeborenen zur Debatte. Der französische Senat hat einer Gesellschaft für die Ausbeutung Togos sehr umfangreiche Gebiete auf 175 Jahre abgetreten. Die Bevölkerung von Togo lebt, wie ein Abgeordneter berichtete, in einem wahren Sklavenzustand, obwohl doch seit 1848 die Sklaverei abgeschafft ist.

Italien.

× **Vertrauenskundgebung für Facta.** Das unter so großen Schwierigkeiten zustandegekommene neue Kabinett Facta hat die erste Feuerprobe vor dem Parlament mit bestem Erfolg bestanden. Die Kammer nahm ein Vertrauensvotum mit 275 gegen 89 Stimmen an. Alle Zeitungen in Rom besprechen ausführlich diese Abstimmung und heben hervor, daß diese Abstimmung das Ansehen der Regierung im Inlande und im Auslande erhöht habe.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin wird am 1. April sein Amt antreten. Er ist noch nicht endgültig ernannt, aber es gilt als sicher, daß der Direktor der Krupp-Werke, Geheimrat Dr. Wiedfeldt, das Reich in Washington vertreten wird.

Berlin. Wie die Kreuzzeitung hört, hat Geheimrat Dr. Kapp gegen den ablehnenden Beschluß des Untersuchungsrichters vom 9. März, betr. seine Selbststellung, das Rechtsmittel der Beschwerde beim 1. Strafsenat des Reichsgerichts eingelegt.

Berlin. Im Reichstagsgebäude fand in Gegenwart des Reichspräsidenten eine Gedenkfeier für den verstorbenen demokratischen Abgeordneten Konrad Haußmann statt.

Braunschweig. Der Bezirksparteitag der U. S. P. beschloß, den früheren Ministerpräsidenten Sepp Oerter aufzufordern, sein Landtagsmandat niederzulegen. Oerter ist endgültig aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Wien. Das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft hat eine gemeinsame Vertretersitzung der drei internationalen Vollzugsausschüsse von London, Moskau und Wien endgültig für den 2. April nach Berlin einberufen.

Nancy. Das deutsche Mädchen Marcelle Heymann ist von seiner Mutter abgeholt worden, nachdem die deutsche Botschaft in Paris das Pflegegeld an die Eltern gezahlt hatte.

Johannesburg (Südafrika). Die Gewerkschaften erklärten den Streik für beendet. Ministerpräsident Smuts erließ einen Aufruf zur Unterstützung der durch den Randaufstand Geschädigten.

Kalkutta (Indien). Der indische Nationalist Gandhi ist zu sechs Jahren einfachen Kerkers verurteilt worden.

Tokio. Hier mißlang ein Attentat gegen den kaiserlichen Palast. Der Attentäter, der bei dem Versuch, das Schloßtor zu durchschreiten, durch die Explosion der Bombe, die er bei sich trug, getötet wurde, wollte angeblich in einer Bittschrift an den Kaiser das allgemeine Wahlrecht fordern.

Deutscher Reichstag.

(192. Sitzung.) CB. Berlin, 21. März.

Die heutige Sitzung wurde mit der Erledigung einer kurzen Anfrage des Abg. Zoergiebel (Soz.) begonnen. Der Anfragende erhob Einspruch dagegen, daß noch immer Briefmarken verkauft werden, die das Bildnis des früheren Kaisers tragen. Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß Ende 1921 noch 1¾ Millionen Marken im Werte von je 5 Pfennig, die das Bildnis des früheren Kaisers tragen, vorhanden waren. Diese Restbestände sollen der Ersparnis halber im inneren Betriebe aufgebraucht werden. Schon seit Dezember vorigen Jahres sind sie nicht mehr an den Schaltern verkauft worden, und jetzt sind sie nahezu verbraucht. Hierauf wurde der Gesetzentwurf über Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen einem Ausschuß überwiesen, und dann setzte man die zweite Lesung der Steuervorlagen mit der

Einzelberatung des Vermögenssteuergesetzes

fort.

Die Abstimmung über den gestern beratenen § 16 wurde einstweilen hinausgeschoben, ebenso die Abstimmung über die §§ 20 und 21, die den Tarif enthalten. § 22 handelt von den Zuschlägen auf 15 Jahre zur Vermögenssteuer, die an die Stelle des Notopfers treten soll.

Abg. Dr. Hertz (U.-Soz.) beantragte, bei den Zuschlägen bis zu 300 Prozent (Vorlage bis zu 200 Prozent) zu gehen. Außerdem sollen die Zuschläge bereits bei 100 000 beginnen (nach der Vorlage erst bei 250 000).

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) erklärte, die Kommissionsbeschlüsse seien so hoch, daß die Zuschläge weit über das Notopfer hinausgingen. Bis zu 300 Prozent dürften die Zuschläge unter keinen Umständen bemessen werden.

Abg. Hoellein (Komm.) trat gleichfalls für Erhöhung der Zuschläge bis 300 Prozent ein.

Abg. Dr. Helfferich erwiderte, die Rechnung des Abg. Hoellein hat den Fehler, daß er Vermögen und Einkommen verwechselt. Heute ist der Millionär ein Mann, der früher 25 000 Mark Goldvermögen hatte. Der Redner beantragte Hinzufügung der Bestimmung, daß dem Zuschlag zur Vermögenssteuer nicht unterliegen sollen deutsche Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Industrieobligationen usw., soweit diese Wertpapiere sich seit dem 30. Juni 1919 ununterbrochen im Besitze des Steuerpflichtigen befunden haben.

Staatssekretär Dr. Zapf wandte sich gegen diesen Antrag. Damit würden auch die größten Vermögen steuerfrei, wenn sie aus solchen Papieren beständen.

Hierauf wurde abgestimmt. Zu § 16 wurde ein Antrag Herold angenommen, wonach bei Ermittlung des nachhaltigen Ertrages besonders auch der Ertrag der letzten drei Jahre zu berücksichtigen ist. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt. Die §§ 17 bis 22 wurden in der Fassung des Ausschusses angenommen, ebenso § 23, der von der Ermäßigung der Steuer bei kinderreichen Familien handelt. § 25 regelt die Veranlagung. Er wurde unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Ferner wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, die vom Ausschuß beantragt waren. In diesen wird u. a. eine Gesetzesvorlage gefordert, durch die für das Einkommen- und das Erbschaftssteuergesetz und besonders für die Tarife diejenigen Änderungen vorgeschlagen werden, die sich wegen der Markentwertung als notwendig erweisen. Eine weitere Entschließung verlangt, daß die Frage der Herstellung einer dauerhaften Werteinheit für das ganze Wirtschaftsleben eingehend untersucht werden soll. Eine dritte, vom Abg. Dr. Helfferich (Deutschn.) zur Einfügung in das Gesetz empfohlene Entschließung fordert, daß die Höhe des steuerfreien Vermögensbetrages der Geldentwertung angepaßt werde. Namentlich diese Entschließung wurde von sozialistischer Seite mit der Begründung bekämpft, daß ein ähnliches Entgegenkommen den Arbeitnehmern beim Lohnabzuge nicht gewährt worden sei. Trotzdem wurden die Entschließungen nach längerer, teilweise erregter Auseinandersetzung angenommen, mehrere gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien. Nunmehr kam man zur

zweiten Beratung des Vermögenszuwachssteuergesetzes.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses soll im Zusammenhang mit der Vermögenssteuer alle drei Jahre der Vermögenszuwachs veranlagt werden. Steuerpflichtig ist dieser Zuwachs, wenn er 100 000 Mark übersteigt und das Endvermögen mehr als 200 000 Mark beträgt. Die Steuer beträgt für die ersten 200 000 Mark Zuwachs 1 Prozent und steigt bis zu 10 Prozent bei einem Zuwachs über 1½ Millionen Mark. Nach Ablehnung verschiedener Anträge, die von deutschnationaler Seite oder von der äußersten Linken gestellt waren, wurde das Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Hierauf folgte die zweite Beratung des Gesetzes über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Nach dem Antrage des Ausschusses soll diese ganze Vorlage abgelehnt werden. Die Abgeordneten Dr. Geyer-Sachsen (Komm. Arbeitsgemeinschaft), Koenen (Komm.) und Soldmann (U.-Soz.) beantragten dagegen, die Vorlage wieder herzustellen. Es blieb aber auch hier bei dem Antrag des Ausschusses. — Die Verhandlungen zogen sich noch geraume Zeit hin.

720 + 1450 Millionen Goldmark.

Bestätigung der Beschlüsse von Cannes.

Seit Cannes leben wir in einem Zwischenzustand, der für uns recht kostspielig ist, da die provisorischen Zahlungen, die wir alle 10 Tage in Höhe von 31 Goldmillionen zu entrichten haben, unsere Leistungsfähigkeit auf die Dauer

weit übersteigen. Immer noch warten wir auf die endgültige Entscheidung der Reparationskommission über die definitive Höhe unserer weiteren Zahlungen. Jetzt aber weiß die halbamtliche Havasagentur zu berichten, die Reparationskommission habe bereits Entscheidungen getroffen, die darauf hinausliefen, den Hauptgrundsatz einer

Finanzkontrolle über das Reich,

besonders über die Zölle, zuzulassen. Die Ausführungsbestimmungen sollen später festgesetzt werden. Zur Erleichterung der Abkommen über die Sachleistungen soll außerdem Deutschland verpflichtet sein, den Fehlbetrag von nichtausgeführten Naturallieferungen in bar zu zahlen. Die Frage der internationalen Anleihe soll später behandelt werden. Eine Abmachung soll festgesetzt werden, um Deutschland im Jahre 1922

ein Moratorium zu gewähren

und zwar auf der Zahlungsgrundlage von Cannes, die uns zu 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Waren, anstatt der zwei Milliarden Goldmark und der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe aus dem Londoner Ultimatum verpflichtete. Bei den Verhandlungen in der Kommission war übrigens wieder einmal die französische Auffassung den Anschauungen der anderen Verbündeten entgegengesetzt. Die Engländer und die Italiener wollen Deutschland durch eine Art Ultimatum zur Einführung der verlangten Reformen auffordern, und es soll dem Reich eine Frist gelassen werden, die notwendigen Einrichtungen zu treffen. Frankreich aber will sofort das Kontrollsystem in Anwendung bringen. Der Erfolg dieser Beratungen der Reparationskommission ist, falls die Entschlüsse endgültig in der vorstehenden Art und Weise gefaßt werden, für uns sehr wenig erfreulich, denn ohne eine tatsächliche Erleichterung unserer Zahlungslast zu erhalten, würde das deutsche Volk überdies unter eine drückende Kontrolle der Entente geraten.

Die „Unverantwortlichen".

Wer entschädigt die beraubten Oberschlesier?

Der Friedensvertrag hat seinerzeit dem Deutschen Reiche jeden Einfluß auf das oberschlesische Abstimmungsgebiet entzogen und die alleinige Verfügungsberechtigung der Interalliierten Kommission in Oppeln übertragen. Von diesem Vorrecht hat der französische Leiter dieser Kommission jederzeit den weitestgehenden Gebrauch gemacht, wenn es sich darum handelte, irgendwelche Vorstellungen der deutschen Regierung zugunsten der deutschen Bevölkerung des Abstimmungsgebietes schroff abzuweisen. Andererseits hat die Interalliierte Kommission ebenso oft sich von der alleinigen Verantwortung für das ihrem alleinigen Befehl unterstellte Gebiet regelrecht gedrückt, wenn ihr diese Verantwortung unbequem wurde, oder wenn sich Gelegenheit bot, der deutschen Regierung die Verantwortung für irgendwelche Vorkommnisse in die Schuhe zu schieben, auf die von Berlin oder Breslau aus überhaupt kein Einfluß bestand. Der tollste Fall einer solchen erkünstelten „Unverantwortlichkeit" liegt aber jetzt in Gestalt der

Antwortnote der Botschafterkonferenz

vor, welche diese auf eine vom 13. Dezember 1921 stammende deutsche Note über die Entschädigung der durch die polnischen Aufstände an Hab und Gut, Gesundheit und Leben geschädigten Deutschen in Oberschlesien erteilt hat. Die deutsche Regierung hat im Dezember gefordert, daß die alliierten Regierungen, welche die Aufstände sehr wohl hätten verhindern können, da sie von uns rechtzeitig gewarnt waren, allein die Verantwortung für diese Schädigungen tragen und daß sie daher die Entschädigungssummen jedenfalls nicht der oberschlesischen Bevölkerung etwa in Form von Steuern aufbürden dürfen. Die Antwort der Botschafterkonferenz (mit der vielsagenden Unterschrift Poincarés) ist nun in Berlin eingetroffen und stellt die unerhörte Behauptung auf, daß für die Aufstände in Oberschlesien eine

Verantwortung der Alliierten nicht bestehe!

In dem kühlen Tone der Machthaber, denen es ganz gleichgültig ist, ob sie recht oder unrecht tun, erklären die Herren in Paris, über die Frage der Verantwortung für die Polenaufstände könne eine Erörterung nicht stattfinden. Der Friedensvertrag schreibe vor, daß die Kosten der Verwaltung des Abstimmungsgebietes aus den örtlichen Abgaben in Oberschlesien zu bestreiten sind, und darunter seien auch die Entschädigungen für die Aufstände zu verstehen. Dieser sehr weitherzigen Auslegung des Begriffs „Verwaltungskosten" wird hinzugefügt, daß der deutsche Standpunkt selbstverständlich nicht anerkannt werden könne.

Die unglücklichen Oberschlesier sollen demnach die Kosten für die großen Verluste an Leben und Eigentum, die ihnen durch den völlig unzureichenden, ja oftmals böswillig verweigerten Schutz durch die alliierten „Treuhänder" erwachsen sind, offenbar auch noch selbst tragen. Man muß wohl angesichts dieser skandalösen Antwort aus Paris annehmen, daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen ist, jedoch tut Eile not, da selbstverständlich vor der Übergabe der an Deutschland und Polen fallenden Teile Oberschlesiens an die Regierungen in Berlin und Warschau Klarheit in dieser Frage geschaffen sein muß.

Kommunistische Funkstation in Berlin.

Mittäterschaft eines Stadtrats.

Berlin, 21. März.

Die politische Abteilung des Polizeipräsidiums ließ auf Anregung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung bei einem Vertrauensmann der Kommunistischen Partei in der Linienstraße, dem Mechaniker Walter Ahrends, eine Haussuchung vornehmen. Man entdeckte in der Wohnung eine sehr wertvolle, mit allen erforderlichen Apparaten reichlich ausgestattete Funkenanlage eingebaut. Außer dieser Anlage wurden zahlreiche geheime Dienstvorschriften über Funken- und Telegraphendienst, Verzeichnisse von Funkenstationen, Kabeln und unterirdischen Telegraphenlinien und von Zeittafeln, ferner genaue Verzeichnisse von Postanstalten, Pläne, Zeichnungen und anderes auf das amtliche, militärische und polizeiliche Funken- und Telegraphenwesen bezügliche geheime Material, teils im Original, teils in Abschriften, gefunden. Schließlich wurden noch die Adressen zuverlässiger kommunistischer Vertrauensleute unter der Berliner Postbeamtenschaft und den Telephon- und Telegraphenbaufirmen zutage gefördert. Ahrends selbst befand sich nicht mehr in der Wohnung und konnte noch nicht ergriffen werden. Dagegen wurde auf Grund der gefundenen Schriftstücke der Mittelsmann der geheimen kommunistischen Nachrichtenzentrale, der Neuköllner Stadtrat und kommunistische Parteisekretär Grylewicz, von der Polizei in seiner Wohnung festgenommen. Er wird der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats vorgeführt werden.

Die vorgefundenen Listen der Postbeamten werden zurzeit genau geprüft, um etwaige Schuldige festzustellen. Der Inhaber und Errichter der Funkstation, Walter Ahrends, ist 32 Jahre alt, war früher im Telegraphendienst beschäftigt und hat sich dort die erforderlichen Kenntnisse angeeignet.

Abgesehen von dem vermuteten Verkehr mit dem Auslande zu hochverräterischen Zwecken, handelt es sich bei der Entdeckung um eine unerlaubte Funkeinrichtung, da die Einrichtung solcher Stationen nur dem Staat resp. der Post- und Telegraphenverwaltung zusteht.

Ostpreußens Not.

Der Raub der fünf Weichseldörfer.

Die Königsberger Blätter veröffentlichen einen Aufruf, welcher in flammenden Worten zur Rettung Ostpreußens vor polnischen Raubgelüsten ermahnt. Es heißt darin u. a.:

Der Vertrag von Versailles sichert Ostpreußen einen freien und ungehinderten Zugang zur Weichsel. Trotz des feierlich beschworenen Vertragsrechts hat am 12. März die Interalliierte Grenzfestsetzungskommission die Grenze östlich des Stromes gelegt, eine Reihe von Dörfern auf dem östlichen Weichselufer zu Polen geschlagen und Deutschland selbst die letzte Zugangsmöglichkeit zum Strome genommen. Die neue Grenze durchschneidet an vier Stellen den Damm, der die fruchtbare Marienwerder Niederung vor Überschwemmung schützt; eine Sinnwidrigkeit, deren Folgen unabsehbar sind.

Die Abtrennung der Provinz Ostpreußen von der Weichsel ist damit vollständig geworden und der Ring um die belagerte Feste geschlossen.

Wache auf, Deutschland! Richte deinen Blick auf deinen letzten Außenposten jenseits der Weichsel. Es handelt sich um mehr als einen Quadratmeter Landes; es geht um

die deutsche Zukunft östlich der Oder.

Helft uns, ihr deutschen Brüder und Schwestern. Der Arm Deutschlands ist schwach, so helft uns mit dem Herzen. Die Entrüstung und der heilige Zorn über den Gewaltsspruch, über den Bruch des Versailler Vertrages durch die Grenzkommission stamme hoch empor zu einem entschlossenen „Nein", auf daß unsere Regierung den Resonanzboden gibt für eine unbedingte Ablehnung des neuen Raubes an deutschem Land. Deutschland, rette Ostpreußen! Gewissen der Völker, schützet die Heiligkeit der Verträge!

Das sterbende Rußland.

Ständiges Anwachsen der Hungersnot.

Trotz der vielfachen internationalen Bemühungen, der schon viele Monate andauernden entsetzlichen Hunger- und Seuchenplage im südöstlichen Rußland entgegenzutreten, greift das Elend an der Wolga immer weiter um sich, da, wie ja von den verschiedenen Missionen wiederholt betont wurde, alle Unterstützungen nur wie ein Tropfen auf dem heißen Stein sind. Jetzt wird z. B. aus dem Gouvernement Zarizyn (an der Wolga) gemeldet, daß

die gesamte Bevölkerung dem Hungertode preisgegeben

sei. Im Kreise Ust-Medwedinsk hungern 200 000 Personen, darunter 80 000 Kinder. Nach Angaben des Hungerhilfekomitees hungern in der Krim 277 000 Erwachsene und 243 000 Kinder. Besonders schwer ist die Lage der tatarischen Bevölkerung, von der 90 Prozent hungern. Das schlimmste scheint zu sein, daß auch für das neue Erntejahr keine Besserung zu erwarten ist, weil das Saatgetreide für die Felder fehlt. Nach einer Mitteilung des allrussischen Zentralgenossenschaftsverbandes sind von den bis zum 6. März verfrachteten 17½ Millionen Pud Saatgut für die Hungergebiete bisher nur 5½ bis 6 Millionen Pud an ihren Bestimmungsort gelangt, während die restlichen 11½ bis 12 Millionen Pud unterwegs stecken geblieben sind. Infolge der ungeheueren Not hat

eine neue Fluchtbewegung der Hungernden

eingesetzt. Große Massen flüchten aus Odessa, der Krim und Cherson in die nördlichen Gouvernements. Die Sowjetregierung hat strenge Absperrungsmaßnahmen angeordnet, doch ist es den Hungernden bis jetzt gelungen, die Sperre zu durchbrechen. Auf der Eisenbahnstation Neu-Poltawka versuchten Hungernde, einen Lebensmittelspeicher zu stürmen, und es kam zu blutigen Zusammenstößen. Aus Saratow wird ein starkes Umsichgreifen der Pest, aus Jekaterinoslaw ein neues Aufflammen der Cholera gemeldet. Als sehr bedenklich wird es angesehen, daß sich der Mangel an Lebensmitteln jetzt auch in Petersburg bemerkbar macht.

*

Rußland macht mobil!

Während ein großer Teil des Landes am Hunger stirbt, rüstet die Sowjetregierung zur Abwehr angeblich bevorstehender Überfälle seitens seiner Nachbarn. Die Truppenverschiebungen nach der Westgrenze sind in vollem Gange. Zum Schutze der Grenze gegen Polen und Rumänien sind von Kiew und Charkow große Truppenkontingente entsandt worden. Auch an der finnischen Grenze wurden Verstärkungen vorgenommen. Vor allem aber ist die Flotte wieder seefertig gemacht worden. Die Mobilisierung des Jahrganges 1922 wurde angeordnet.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 23. März 1922

☐ **Keine Zeit.** Wir alle sind von einer Unrast, von einer Betriebsamkeit ergriffen, daß uns nicht Zeit bleibt, unsere dringendsten Angelegenheiten zu erledigen, und daß besonders das Familienleben ernstlich benachteiligt wird. Wir haben keine Zeit mehr. Manche Menschen glauben, sich dadurch einen besonderen Grad von Wichtigkeit beilegen zu können, daß sie fortwährend beteuern, sie hätten keine Zeit, sie seien zu stark beschäftigt. Wenn man genau hinsieht, wird man meistens beobachten können, daß gerade solche Leute eigentlich nichts zu tun oder doch durchaus keine Ursache haben, sich mit ihren Leistungen wichtig zu machen. Fortwährend keine Zeit haben, ist schwerlich ein Lob, sondern ein Armutszeugnis. Ein Mensch, der bei der Arbeit denkt und sie systematisch verrichtet, sich also einzurichten versteht, der hat auch Zeit. Es gibt keinen Beruf, der den, der ihn richtig erfüllt, so in Anspruch nähme, daß er keinen Blick für die Schönheiten und Freuden des Lebens übrighaben dürfte. Man kann darum doch vollkommen in seinem Beruf aufgehen. Der Mensch, der nie fertig wird, verliert schließlich jeden Maßstab für den Wert seiner Leistungen und für seine Stellung anderen Menschen gegenüber, und wer sich nur und ausschließlich mit seinen Berufssorgen befaßt, wird gerade deswegen am wenigsten in seinem Beruf leisten können, weil er sich in ganz kurzer Zeit ausgibt. Es fehlt seinem Geist die befruchtende Anregung, die nur von außen kommen kann, durch Beschäftigung mit Literatur und

Die Siegerin.

37) Roman von Hans Schulze-Sorau.

„Die Inanspruchnahme eines Detektivbureaus ist heutzutage doch eins der natürlichsten Dinge von der Welt!"

„Rede, so viel du willst, Harry! Du wirst mich nicht überzeugen! Ich wünsche jedenfalls, daß meine Schwester von den Belästigungen eines derartigen Institutes verschont bleibt!"

Die letzten Worte Pauls waren mit einer solchen Entschiedenheit gesprochen, daß Harry einlenkte.

„Du hast recht, Paul!" sagte er begütigend. „Wenn ich es mir näher überlege, halte ich es auch für besser, daß Fräulein Lottes Name nicht erst durch die unkontrollierbaren Akten eines Detektivbureaus geschleift wird. Gegen eine Beobachtung des Herrn Rasmus wirst du aber jedenfalls nichts einzuwenden haben!"

„Bei Rasmus liegt die Sache natürlich anders! Obwohl ich auch in diesem Falle dringend bitten möchte, daß mit Rücksicht auf Lotte, die dabei doch immerhin interessiert sein könnte, eine eventuelle Observierung möglichst diskret und vorsichtig vorgenommen wird!"

„Das laß nur meine Sorge sein!" gab Harry zurück. „Ich habe einen Mann an der Hand, der seine Sache ganz vorzüglich machen dürfte! Du kennst doch wohl, wenigstens dem Namen nach, die „Weltauskunftei Helios" des Herrn von Jaroszinski in der Friedrichstraße! Nun, mit Hilfe dieses Herrn dürften wir uns sehr bald absolute Klarheit geschaffen haben! Vielleicht bist du morgen gegen 1 Uhr in meiner Privatwohnung, Paul! Ich werde Jaroszinski um dieselbe Zeit zu mir bescheiden, damit wir dann gleich gemeinsam über unser ferneres Vorgehen beraten können!"

11.

Franz Xaver von Jaroszinski unterhielt seit einer Reihe von Jahren im südlichen Teile der Friedrichstraße unter dem wohlklingenden Namen „Weltauskunftei Helios" ein renommiertes Detektivinstitut.

Herr von Jaroszinski entstammte einem vornehmen polnischen Adelsgeschlecht, er hatte auf dem Bromberger Gymnasium eine gute Schulbildung erhalten, alsdann auf verschiedenen deutschen und ausländischen Hochschulen Jura studiert und sein ursprünglich nicht unbeträchtliches Privatvermögen durch Spiel, Rennsport und andere kavaliermäßige Neigungen annähernd bis auf einen geringen Rest aufgebraucht.

Eine Regelung seiner Verhältnisse durch eine reiche Heirat zerschlug sich noch kurz vor der ehelichen Verbindung; die Schulden und Verpflichtungen wuchsen ihm jetzt rasch über den Kopf, und eines Tages fand sich Jaroszinski, nachdem er durch eine Wechselfälschung mit dem Moabiter Strafgefängnis Bekanntschaft gemacht hatte, für alle Zeiten außerhalb des unsichtbaren Ringes seiner einstigen gesellschaftlichen Kaste.

Eine Reihe von Versuchen, sich als Buchmacher, Spezialitätentheateragent und Geschäftsführer eines Aschingerausschanks eine neue Existenz zu gründen, mißlangen.

Die Bedrängnisse Jaroszinskis steigerten sich allmählich mehr und mehr; da wurde er eines Tages auf dem Karlshorster Rennplatz mit einem etwas anrüchigen Geldmann aus dem Berliner Osten bekannt, der seit längerer Zeit bereits die Einrichtung eines Privatdetektivinstituts plante.

Der weltgewandte, sprachkundige Pole mit dem riesigen Durchzieher auf der linken Wange schien dem skrupellosen Kapitalisten eine durchaus geeignete Persönlichkeit, der er die Repräsentation und Direktion seiner neuen Gründung mit voller Zuversicht anvertrauen konnte.

Auf der Basis eines Gesellschaftsvertrages, bei dem Jaroszinski außer einer Einlage von hundert Mark nur seinen adligen Namen und seine ausgebreitete Bekanntschaft mit allen Verhältnissen der Berliner Aristokratie und Finanzwelt beisteuerte, kam schon am nächsten Abend eine Einigung zu Stande.

Vier Wochen später figurierte Jaroszinski auf seinen Visitenkarten als Direktor und Mitinhaber der „Weltauskunftei Helios", die unter der Devise: Diskret, reell und vorschußlos" Beobachtungen und Ermittelungen in allen Vertrauensangelegenheiten über Vorleben, Lebensweise, Ruf, Vermögen usw. von Personen jeden Standes an allen Plätzen der Welt versprach.

Das geschickt inszenierte Institut, das schon in den ersten Monaten mit einem Heiratsvermittlungsbüro vereinigt wurde, blühte unter Jaroszinskis Leitung rasch auf, zumal nachdem mehrere große Skandalprozesse der Hautefinance den Ruf des Direktors als eines Spezialisten in Ehescheidungssachen begründet hatte.

Nach kurzer Zeit galt Jaroszinski für den selbstverständlichen Berater und Vertrauensmann des gesamten Tiergartenviertels, in allen größeren Städten Deutschlands und des Auslandes entstanden Filialen und Zweigbureaus des stetig ständig vergrößernden Unternehmens.

Und als erst ein bekannter Berliner Komiker das Leitmotiv des Helios „Diskret, reell und vorschußlos" im Refrain eines zündenden Kuplets verarbeitet hatte, das er allabendlich unter tosendem Beifall im Wintergarten vortrug, da war der Ruf der jungen Gründung unerschütterlich geworden.

Nach dreijährigem Bestehen belief sich das Berliner Personal „Helios" bereits auf hundert Köpfe, so daß die Firma mit der Jahrhundertwende aus einem kleinen, dunklen Hause in der Krausenstraße, in dem ihre Wiege gestanden, in einen modernen, neuen Geschäftspalast der südlichen Friedrichstraße übersiedeln konnte. — —

„Es würde also ihre Aufgabe sein, Herr von Jaroszinski, das Tun und Treiben dieses Herrn Rasmus bis in die kleinsten Details auszuforschen!"

Mit diesen Worten lehnte sich Harry Laudon nachlässig in seinen Schreibtischsessel zurück und streifte mit dem spannenlangen Nagel des kleinen Fingers der linken Hand die Asche seiner Zigarette ab.

Der Direktor des „Helios" neigte zustimmend das wohlfrisierte Haupt und beendete mit ein paar flüchtigen Zeilen das Gesamtbild seiner stenographischen Aufzeichnungen.

„Sie sollen zu Ihrer vollsten Zufriedenheit bedient werden, Herr Laudon!" versetzte er dann, sein umfangreiches Notizbuch zusammenklappend. „In zwei bis drei Tagen hoffe ich Ihnen einen ganz genauen Bericht überreichen zu können!"

„Und, wie gesagt, unter strengster Diskretion!" warf Paul ein, der auf einer Chaiselongue im Hintergrunde den Verhandlungen der beiden Herren bis dahin größtenteils als stummer Zuhörer gefolgt war.

„Aber ich bitte!" gab Herr von Jaroszinski etwas pikiert zurück. „Dafür dürfte doch der gute Ruf meiner Firma eine hinreichende Bürgschaft bieten! Die Beobachtung des Herrn Rasmus wird ausschließlich durch meine geschicktesten und zuverlässigsten Leute erfolgen!"

„Noch eine Frage übrigens," wandte er sich dann wieder an den Hausherrn. „[illegible]den Sie mit der Observierung des genannten Herrn e[illegible]ndere Spitze gegen eine bestimmte, vielleicht eine weibliche Person! Eventuell würde ein diskreter Hinweis in dieser Richtung meine Feststellungen wesentlich erleichtern!"

Fortsetzung folgt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sprechen wir allen, besonders dem Herrn Pastor D. Dresbach für seine trostreichen Worte, sowie den Herren Lehrern und Schülern der Ostschule und denen, die während der langen Krankheit unserer lieben Tochter mit soviel Liebe und Güte bedacht haben, unsern innigsten Dank aus.

Familie Konrad Wenz.

Haus-Heide, den 21. März 1922.

Sonntag, den 2. April

Großer Theater-Abend

im Saale des Herrn **Otto Neuhaus**
in Neuenhaus b. Kierspe
mit nachfolgendem

Ball

veranstaltet von dem

Theaterverein Germania Schnörrenbach

(Näheres siehe Plakat)

Selekta Kierspe.

Aufnahmeprüfung für die Sexta findet am **Samstag, den 1. April** nachmittags **2** Uhr statt.

Die Anmeldungen müssen bis dahin bei Herrn **Hauptlehrer Müller** erfolgen.

Gewerbl. Fortbildungsschule Halver.

Ausstellung d. Schülerzeichnungen

am Sonntag, den 26. März,
im Zeichensaale d. Ostschule.

Geöffnet vorm. von 11—1 Uhr u. nachm. von 3—5 Uhr.

Die Eltern und Lehrherren der Schüler, sowie alle Freunde der Schule werden hierdurch eingeladen.

Die Schulleitung.



Schreibmaschine

Maschinenfabrik Kappel Akt.-Ges.
Chemnitz-Kappel

Vertreter: Carl L. Henrichs, Hagen.

In unser Handelsregister Abt B ist am 7. März 1922 unter Nr. 22 die Firma **A. Kinkel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** mit dem Sitze zu **Berlin** und einer **Zweigniederlassung zu Kierspe** eingetragen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist: Speditions-, Lager-, Umschlags-, Fracht- und damit zusammenhängende Geschäfte, insbesondere die Uebernahme und die Fortführung der Geschäftsbetriebe der Firma: „Transport-Comptoir der Rhein.-Westf. Eisenindustrie A Kinkel", einschließlich aller deren Einrichtungen und Zweigniederlassungen. Die Gründung von Zweigniederlassungen ist vorgesehen.

Das Stammkapital beträgt 2 Millionen Mark.

Zu Geschäftsführern sind bestellt:

Albrecht Kinkel zu Hagen i. W., ferner die Kaufleute:
a) Heinrich Schulte in Hagen i. W,
b) Erwin Ferdinand Konrad Soest in Hagen i. W.,
c) Arnold Kinkel in Wien,
d) Ulrich Rieck in Berlin,
e) Wilhelm Kirchner in Hamburg,
f) Gustav Gronnenberg in Breslau,
g) Werner Engel in Hagen i. W.,
h) Friedrich Grohmann in Hagen i. W.

Das Amtsgericht Meinerzhagen.

Bekanntmachung.

Für die diesjährigen öffentlichen **Schutzpockenimpfungen** werden folgende Termine festgesetzt:

Impf- (Schul) Bezirk	Impflokal	Tag und Stunde Impfung	Tag und Stunde Nachschau	ob Erst- oder Wiederimpflinge
Rönsahl Kierspe	1. Schulkl. Rönsahl Wirtschaft Kuhbier, Kierspe	6. Juni, vorm. 9 Uhr 22. Mai nachm. 2½ Uhr	13. Juni, vorm. 9 Uhr 29. Mai nachm. 2½ Uhr	für Erst- u. Wiederimpflinge
Schmidthausen	Wirtschaft Funke, M.-Schmidthausen	22. „ „ 4½ „	29. „ „ 4½ „	„
Höckinghausen	Wirtschaft Letsch, Höckinghausen	23. „ „ 3 „	30. „ „ 3 „	„
Bornberg	Wirtschaft Grünenbaum	23. „ „ 4½ „	30. „ „ 4½ „	„
Börlinghausen	Schule Börlinghausen	23. „ „ 5½ „	30. „ „ 5½ „	„
Bollwerk	Schule Bollwerk	24. „ „ 12½ „	31. „ „ 12½ „	„
Berken	Wirtschaft Berkenbaum	24. „ „ 1½ „	31. „ „ 1½ „	„

Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, die ihre Kinder oder Pflegebefohlenen ohne gesetzlichen Grund der Impfung oder der später erfolgenden Nachprüfung entziehen, werden gemäß § 4 des Impfgesetzes vom 8. April 1875 mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß neben den amtlich angestellten Impfärzten auch jeder approbierte Privatarzt zur Vornahme von Impfungen berechtigt ist.

Kierspe, den 6. März 1922. **Der Amtmann: Hiltebrandt**

Die Weltwirtschaftsprobleme

treten neuerdings in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Der Zeiger des öffentlichen Lebens rückt auf Genua. Pflicht und Bedürfnis für jeden deutschen Staatsbürger ist aus diesem Grunde eine genügende Vororientierung in allen Wirtschaftsfragen um den kommenden Erörterungen umso interessierter folgen, und eine sichere Wertung der erzielten Resultate vornehmen zu können.

In ihrer Eigenart als Industrie- und Handelsorgan des rhein.-westf. Industriegebietes bietet die ständige Lektüre der

Rheinisch-Westfälischen Zeitung

eingehendes und umfangreiches Material zur Beurteilung aller wirtschaftlichen Vorgänge des In- und Auslandes in umfangreicher Weise, denn sie ist nicht nur im Reiche selbst, sondern auch weit über Deutschlands Gaue hinaus als führendes Wirtschaftsblatt anerkannt und geschätzt.

Bestellungen auf die **RWZ** nehmen die bekannten Geschäftsstellen, Hauptvertretungen u. alle Postanstalten entgegen.

Hauptgeschäftsstelle der Rheinisch-Westf. Zeitung
Essen, Theaterplatz 8/10 — **Fernsprecher** 6701—6708.

Herren-Konfektion

kaufen Sie vorteilhaft auf **Teilzahlung** bei

Damen-Konfektion

H. Seidemann

Altenhagener Brücke 3
Hagen (Westf.)

Bequeme **Abzahlung.**

Manufaktur-Waren

Reelle Preise!

Solide Ware!

Wir stellen sofort

10 bis 15 jüngere Arbeiterinnen

für leichte Arbeiten ein.

Zu Ostern suchen wir noch eine Anzahl

schulentl. Mädchen und Knaben

und nehmen Anmeldungen schon jetzt entgegen.

Brenscheid & Co., Metallwarenfabrik, **Brügge.**

Geschäftsbücher empfiehlt **Wilh. Bell jr., Halver.**

Sofort oder in 14 Tagen
mehrere erwachsene

Arbeiter

gesucht. Gleichzeitig werden

jugendliche sowie weibliche

Arbeitskräfte

in größerer Anzahl angestellt. Beschäftigung ist dauernd und lohnend.

Kaiser & Spelsberg,
Schalksmühle i. W.

Gesucht 2 tüchtige

Werkzeug-Schlosser

für sofort oder 14 Tage später.

Becker & Comp.
Halver i. Westf.

Ich stelle sofort eine größere Anzahl

Arbeiterinnen

sowie zu Ostern schulentlassene

Knaben und Mädchen

ein.

Hugo Bermeckes
elektrotechnische Fabrik
Schalksmühle in Westf.

Zum baldigen Eintritt
2—3 geübte

Bankarbeiter

gesucht

Reitz & Schürmann,
G. m. b. H.
Halver in Westfalen.



Gebrauchtes **Damenfahrrad**
zu kaufen gesucht.

Herta Stiebing,
Schalksmühle
Friedhofstr. 12.

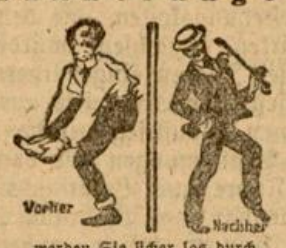
Suche sofort

jugendl. Arbeiter

und einen **Lehrling** für Kleinschmiederei

Ludwig Schröder
Eisenwarenfabrik
Schalksmühle i. Westf.

Hühneraugen



werden Sie sicher los durch
Hühneraugen-Lebewohl
Horn-Haut an der Fußsohle beseitigt
Lebewohl-Ballen-Scheiben
Kein Verrutschen u. Festkleben am Strumpf.
In Drogerieen und Apotheken Blechdose 4.— und 6.— Mark.
Halversche Medizinal-Drogerie
Carl Menke
Drogerie A. Cordt, Schalksmühle



Frischen Schellfisch und Cabliau

empfiehlt

Fritz Bangert, Halver
Telefon 234.

Erhalte Sonnabend, den 25. März eine Sendung prima

Oldenburger Schweine.



Wilh. Faßbender, Meinerzhagen.

Einige

jugendl. Arbeiter

oder

Arbeiterinnen

für leichte Arbeiten sofort gesucht.

Wilh. Kayser junr.
Kierspe-Bahnhof.

Rückwaren-verzeichnisse

zur zollfreien Einfuhr nach Deutschland,

Zollinhalts-erklärungen

vorrätig.

Wilh. Bell jr.,
Halver.